

in die Strukturen des Kalten Krieges und eine Anwendung der neueren Forschung zu diesem Bereich – die leider weitgehend ignoriert wird – gewesen. Weitere Forschungsdebatten, welche die Autorin hätte fruchtbar machen können, sind beispielsweise die Auseinandersetzungen zum Thema Vertrauen (dies wird in einer Fußnote kurz abgehandelt) oder natürlich die intensiven Diskussionen zur Bedeutung von Ideologie und Alltag. Alexey Yurchak wird zitiert (Pavel Kolář und Martin Sabrow allerdings, um nur zwei Namen zu nennen, leider nicht, Michal Pullmann nur sehr lakonisch), aber die aktuellen Grundfragen zum Funktionieren sozialistischer, insbesondere spätsozialistischer Gesellschaften, werden nur an der Oberfläche berührt. Und so erscheint die Ankündigung, das Buch wolle den traditionellen Gegensatz von Regime und Gesellschaft aufbrechen, nicht erfüllt: vielmehr ist ständig die Rede von der Parteiführung einerseits und „der Gesellschaft“ andererseits. Schade ist auch, dass gerade der zentrale Begriff des Antiamerikanismus relativ unreflektiert bleibt. Wie verhalten sich antikapitalistische Propaganda und Stereotype zu „Amerika“ zueinander? Was überhaupt wird mit diesem Begriff „Amerika“ erfasst? Auch für die Sowjetunion hätten ähnliche Fragen gestellt werden können, beispielsweise mit einer Analyse der Begriffe „russisch“ und „sowjetisch“.

Insgesamt bildet dieses Buch eine reiche Fundgrube an Material für alle, die sich mit Stereotypen befassen, insbesondere auch für die universitäre Lehre. Auf der Ebene der Analyse bleibt es leider in vieler Hinsicht hinter den Möglichkeiten des Themas und auch hinter dem Stand der Forschung zurück.

**Moritz Mälzer: Auf der Suche nach der neuen Universität. Die Entstehung der „Reformuniversitäten“ Konstanz und Bielefeld in den 1960er Jahren (= Studien zur Zivilgesellschaft, Bd. 13), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, 512 S.**

Rezensiert  
von Ulrike Breitsprecher, Leipzig

Moritz Mälzer beschäftigt sich in seiner Dissertation mit den Reformbestrebungen der 1960er Jahre in der Hochschulpolitik der Bundesrepublik. Als konkrete Beispiele beleuchtet Mälzer den Prozess von der Ankündigung bis zur Realisierung der Neugründungen der Universitäten Konstanz (1959 bis 1976) und Bielefeld (1964 bis 1979). Nach einer Reihe von Universitätsneugründungen in der Nachkriegszeit durch die Alliierten (zum Beispiel die Volluniversitäten Mainz, Saarbrücken und die FU, aber auch Hochschulen bzw. Akademien der Arbeit in Dortmund, Hamburg und Wilhelmshaven) kündigten mit etwas zeitlichem Abstand und der vollen Souveränität auf dem Gebiet der Hochschulbildung die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Bayern die Gründung von Universitäten an. Insgesamt erhöhte sich die Anzahl der bundesrepublikanischen Universitäten von 18 im Jahr 1960 auf 45 im Jahr 1980. Die Neugründungen sollten vorrangig den Druck auf die bestehenden

Universitäten mindern, die der stetig steigenden Studentenzahlen kaum mehr Herr wurden. Teilweise wurden die Neugründungen auch als regionale Infrastrukturmaßnahme angesehen. Oftmals wurden von den Initiatoren aber auch Reformvorschläge an die Neugründungen geknüpft. Der Großteil rückte vom Humboldtschen Universitätsideal ab, da die Universität als ein Ort der Elitenrekrutierung und -ausbildung kritisiert, die Philosophische Fakultät nicht mehr als zusammenhaltende Einheit begriffen und die Fokussierung auf Persönlichkeitsbildung statt Berufsbildung in Frage gestellt wurde. Begründet wurde die Notwendigkeit von neuen, reformierten Universitäten unter anderem damit, dass einige Fächer wie zum Beispiel die Soziologie im internationalen Vergleich unterrepräsentiert wären, die Universitäten einen anderen Erziehungsauftrag bräuchten oder mehr Forschungsfreiraum haben sollten. In Konstanz wurde eine Universität gegründet, die ohne die Ausbildungsfächer Medizin und Theologie auskommen sollte, die aber auch ihre Studiengänge und -abschlüsse abweichend von den existierenden Normen gestaltete. So sollte es beispielsweise kein juristisches Vollstudium und kein Rigorosum mehr geben. Auch die Universitätsstruktur, u. a. die Gliederung in Institute, sollte verändert werden. Zudem wurde ein neues Zulassungsverfahren der Studierenden beschlossen und die studentische Mitbestimmung in begrenztem Maße zugelassen. In Bielefeld sollte die themenbezogene Forschung gestärkt werden, indem das Zentrum für Interdisziplinäre Forschung gegründet wurde. Ein Wort, das damals nur wenig Bekanntheit genoss. Erklärtes Ziel war es, die Forschung an die Universität zurückzuholen, um sie nicht

den außeruniversitären Einrichtungen zu überlassen, und damit die Einheit von Forschung und Lehre wiederherzustellen. Die neue Universität sollte nur eine begrenzte Zahl von Studenten aufnehmen, die in Seminargruppen organisiert sein sollten, die wiederum einen guten Betreuungsschlüssel ermöglichen würden. Lehre sollte auch durch den Mittelbau abgedeckt werden, damit die Professoren mehr Gelegenheit zur Forschung hätten. Die Universität richtete zudem eine Pressestelle ein und Öffentlichkeitsarbeit sollte um Legitimation werben. Aber auch die Pflege eines Alumninetzwerks sowie die Übernahme von Politikberatung sollten zum Profil der reformierten Universität gehören.

Neben den Kritikern dieser Ideen vertraten auch eine Reihe von Wissenschaftlern und Politikern den Standpunkt, dass die alten Universitäten schlichtweg ausgebaut werden müssten, um der Expansion der Studentenzahlen und damit dem weltweiten Trend gerecht zu werden. Diese Positionen wurden nicht nur auf der politischen oder universitären Ebene ausgetauscht, sondern fanden auch Widerhall in der Öffentlichkeit, so dass an der Auseinandersetzung, wohin sich die bundesrepublikanische Hochschulpolitik entwickeln sollte, eine große Anzahl von wissenschaftlichen und politischen Gremienvertretern, aber auch viele Einzelstimmen beteiligt war. Die Zahl der Akteure vergrößerte sich, weil der Bereich Wissenschaft zunehmend institutionalisiert und erweitert wurde. Nicht nur durch die Gründung des Wissenschaftsrats, die erweiterten Möglichkeiten der Deutschen Forschungsgemeinschaft und die Interventionen einiger finanzstarker Stiftungen (wie die Thyssen- oder Volkswagenstiftung), sondern auch durch den

Bedeutungsgewinn von außeruniversitären Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen (wie der Max-Planck-Gesellschaft oder der bereits genannten Akademien der Arbeit) weitete sich das Spektrum erheblich.

Mälzers Arbeit reiht sich inhaltlich in eine seit den 1990er Jahren an Breite und Differenziertheit gewinnende Universitätsgeschichte ein. Die vergleichende Perspektive Mälzers betrachtet zudem nicht nur die Institution Universität, sondern auch die Akteure und ihre Ideen im Entstehungsprozess der Reformuniversitäten.

Mälzer lässt sich von den Fragen leiten, welches Funktionsverständnis von Universitäten die untersuchten Akteure haben und welche Inspirationsquellen sie bei der Herausbildung von Reformvorstellungen leiteten. Bezüglich der ersten Fragestellung beschreibt Mälzer die Trias Forschung, Bildung und Ausbildung als Kernaufgaben von Universitäten sowie ihr Verhältnis zueinander und ihre Gewichtung in der Nachkriegszeit. Mit dem Beginn einer weit reichenden Diskussion über die Notwendigkeit von hochschulpolitischen Reformen und Neugründungen von Universitäten wurden gleichzeitig auch die genannten Bereiche jeweils einzeln intensiver debattiert. Die Reformvorschläge waren immer gekoppelt an eine Betonung oder Abwertung eines dieser Bereiche, um auf die wahrgenommenen Krisen und Probleme der traditionellen Universitäten in der Bundesrepublik zu antworten. Beispielweise konnte die vielbeschworene Einheit von Forschung und Lehre aufgrund der immer höheren Studentenzahlen nur noch schwer aufrecht erhalten werden, weshalb die neue Universität in Bielefeld das Zentrum für Interdis-

ziplinäre Forschung einrichtete, welches den Professoren Raum und Zeit zur Forschung geben sollte. Die zweite Fragestellung schließt daran an, indem Mälzer die Akteure der Diskussion über die Zukunft der Universitäten genauer betrachtet, um die Ursprünge ihrer Ideen und Positionen näher zu ergründen. Teilweise wurden die Ideen auf Reisen ins Ausland, etwa nach England, in die USA oder die Niederlande aufgegriffen, teilweise ergaben sie sich aus der historischen Situation, in der sich die Akteure kurz nach dem Nationalsozialismus wiederfanden. In den langen Debatten, inwieweit eine Universität auch zur Persönlichkeitsbildung der Studenten beizutragen habe, wurde die Erfahrung des Nationalsozialismus sowohl als Argument für, aber auch gegen Gemeinschaftsaktivitäten, wie Sport- und Musikunterricht oder die obligatorische Unterbringung in Wohnheimen angebracht. Gerade die Studentenschaft wehrte sich energisch gegen den Formungswillen durch Professoren. Die Universität Konstanz entschied sich dementsprechend für Wohnheime, aber ohne dort ebenfalls untergebrachte Hochschulangehörige und ohne Gemeinschaftsaktivitäten.

Trotz alternativer Möglichkeiten wie Bochum oder Regensburg wählt Mälzer als Untersuchungsbeispiele die Neugründungen der Universitäten Bielefeld und Konstanz. Konstanz als die erste, Bielefeld als die letzte Neugründung hatten jeweils einen geistes-, aber auch sozialwissenschaftlichen Schwerpunkt quasi als Kompromiss zwischen den Anhängern der traditionellen und der modernen Universität. Beide Neugründungen wurden durch eine ganze Bandbreite an wissenschaftlichen und landespolitischen Akteure mitbe-

stimmt, wobei die wenigsten in den jeweiligen Städten vor Ort ansässig waren. Auch gab es keine Vorgängerinstitution, auf die die neue Universität aufgesetzt werden konnte.

Die Debatten um die Neugründungen der Universitäten Bielefeld und Konstanz bilden den Hauptteil der vorliegenden Dissertation von Mälzer. Dabei beleuchtet er nicht nur die Konzeptionen und ihre Ziele sowie den Verlauf von der ersten Idee über Krisen bis zur Eröffnung, sondern auch die Rezeption der Gründungen aus der Perspektive der Kritiker, aber auch der „Gründungsväter“. Gleichzeitig bettet Mälzer die beiden Beispiele in eine weitreichende historische Klammer, indem er nicht nur auf die gesellschaftliche und hochschulpolitische Situation in den 1950er Jahren eingeht, sondern auch die Zeit nach dem Gründungszeitalter beschreibt. Geschickt verwebt Mälzer die Positionen und Argumente der Akteure, seien es Vertreter der Wissenschaft oder staatlicher Gremien, mit den Stimmen der Öffentlichkeit, und argumentiert überzeugend dicht. Gleichzeitig bettet er die jahrelangen Diskussionen um die beiden Neugründungen sehr präzise in den hochschulpolitischen Kontext der Bundesrepublik der 1960er Jahre ein. Die lückenlose Darstellung ermöglicht es ein sehr plastisches Bild dieser Geschehnisse und der Zeit zu gewinnen. Die Arbeit beruht auf einer sehr breiten Archivrecherche und einer ebenfalls umfassenden Untersuchung der zeitgenössischen Publizistik sowie der Publikationen der Akteure, die an den Neugründungen federführend beteiligt waren. Mälzer gelingt es, seine Arbeit sehr breit aufzufächern und trotzdem sehr eng am Thema langzuführen. Er geht zum ei-

nen über das engere Thema, die Neugründungen Bielefeld und Konstanz, hinaus und befasst sich beispielsweise mit den Gesamthochschulplänen von Ralf Dahrendorf, und überwindet zum anderen den zeitlichen Rahmen, indem er die weitere Geschichte der beiden Universitäten verfolgt, zusätzlich bis in die 1990er Jahre hinein das Neugründungsgeschehen anhand von Erfurt und Bremen beleuchtet.

Mälzer bezieht die retrospektive Bewertung der Akteure über Erfolg oder Scheitern der Reformversuche zu den Jubiläen der Neugründungen in seine abschließende Analyse mit ein. Dieser Teil kann als inoffizielles Fazit der Arbeit gelesen werden, gerade da der resümierende Schluss eher kurzgehalten ist. Die treibenden Kräfte hinter den Neugründungen in Bielefeld und Konstanz gingen überraschend hart mit den eigenen Projekten ins Gericht und erachten sie als gescheitert. Leider überlässt Mälzer die Bewertung über Erfolg oder Nichterfolg fast ausschließlich den Protagonisten, ohne nochmals selbst eine kritische Reflektion der Neugründungen, aber auch der verschiedenen Akteurspositionen zu formulieren. In einigen Kapiteln liest sich die Arbeit wie eine Biographie Helmut Schelsky's, einem Initiator der Neugründung der Universität Bielefeld, was sicherlich durch seine Funktion bedingt ist, jedoch bleibt die Frage, ob er tatsächlich so herausragte, wie Mälzers Arbeit suggeriert.

Wünschenswert wären mehr Bezüge zu ähnlichen, vielleicht zeitlich versetzten Reformansätzen in andere Länder gewesen. Gerade ein Blick auf die Entwicklung im anderen deutschen Staat, der ähnliche historische Ausgangsbedingungen, wenn auch eine andere alliierte Besatzungsmacht

hatte, wäre hilfreich gewesen. Inwieweit sich parallel Reformideen auf gleiche Problemlagen, wie beispielsweise die Zunahme der Studentenzahlen oder der Nachholbedarf in einigen Fächern, entwickelten und wieweit es einen Austausch zwischen den beiden deutschen Staaten gegeben hat, hätte ergänzt werden können.

Nichtsdestoweniger überzeugt Mälzers Arbeit ebenfalls durch eine sehr gelungene Leserführung, die das Thema und die Fragen immer im Blick hat sowie ohne unnötige Wiederholungen auskommt. Zudem fallen die vielen und sehr sinnvoll ausgewählten Zitate auf, die die Positionen der Akteure und die Stimmung der unterschiedlichen Phasen sehr plastisch vermitteln. Mälzer schließt mit seiner Arbeit nicht nur eine Forschungslücke über die Entstehung der beiden Neugründungen der Universitäten Bielefeld und Konstanz und die Herkunft der Reformansätze, sondern beim Lesen versteht man mehr und mehr Mälzers Ansinnen einen „Beitrag zu einer imaginären geschichtswissenschaftlichen Teildisziplin ‚Reformgeschichte‘“ leisten zu wollen, denn die Arbeit unterstreicht den gewinnbringenden Ansatz, sich über Reformideen der Zeitgeschichte zu nähern.

**Steffi Marung: Die wandernde Grenze. Die EU, Polen und der Wandel politischer Räume, 1990–2010, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2013, 400 S.**

Rezensiert von  
Stefan Troebst, Leipzig

Dass für eine „Wir-Gruppe“ die negative Abgrenzung von „denen“ identifikatorisch von größerer Bedeutung ist als die positive Bestimmung binnenintegrativer Faktoren, ist seit Fredrik Barth ein Allgemeinplatz der Sozialanthropologie, der mit einiger Berechtigung auch auf die 500-Millionen-„Wir-Gruppe“ der Europäischen Union bzw. zumindest ihre hauptamtlichen Akteure übertragen werden kann. Nun hatte es Barth allerdings mit relativ stabilen, zumal staatenlosen „ethnic groups and boundaries“ zu tun, wohingegen die Ostgrenze von EWG/EG/EU seit dem Beitritt Griechenlands 1981, der deutschen Wiedervereinigung mittels EG-Mitgliedsstatus für die neuen Bundesländer 1990, dem Beitritt Finnlands zur EU 1995 sowie den bislang drei Osterweiterungsschüben von 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien und Ungarn), 2007 (Rumänien und Bulgarien) und 2013 (Kroatien) in permanenter Ostbewegung befindlich war (und auch weiterhin ist, zumindest was den restlichen „Westlichen Balkan“ betrifft). Welche Folgen eine solche ständig neuer Selbstvergewisserung bedürftiger Expansion samt „Arrondierung des EUropä-